



Ökumenisches Netz in Deutschland für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Solidarische Bürgerversicherung fair teilen statt sozial spalten

Arbeitskreis Ökonomie und Kirche Berlin

www.oekonomie-und-kirche.de

Kontaktanschrift: barbara.haehnchen@gmx.de

Panketal im Juli 2010

Liebe Alle, die am Konzept „**Solidarische Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten**“ interessiert sind!

Schon meine letzte Rundmail vom März diesen Jahres hat informiert über die Probleme der **Kopfpauschale**, die seit vielen Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen ist. Der Bundesgesundheitsminister, Herr Dr. Rösler hätte wissen müssen, worauf er sich einlässt. Er hat einen großen Beraterstab.

Trotzdem hat er in kurzen Abständen immer neue Varianten einer kopfpauschalenfinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in die Öffentlichkeit gebracht. Jede dieser Varianten wurde von seinen eigenen Koalitionspartnern abgelehnt, um nicht zu sagen verrissen. Der wichtigste Grund dafür: Die veranschlagten Steuermittel seien nicht vorhanden, um den Sozialausgleich zu finanzieren.

Der Minister hat nun einen weiteren Schritt getan, weil er von der Regierung den Auftrag erhalten hatte, noch vor der Sommerpause Eckpunkte für seine Gesundheitsreform vorzulegen. Am 6. Juli hat er diese Aufgabe erledigt.

Niemals hätte ich geglaubt, ein Bundesminister könnte eine solch schlampige Arbeit abliefern. Eckpunkte sind bekanntlich die 1. Stufe für das folgende Gesetzgebungsverfahren im Bundestag. Nach der Sommerpause soll das Gesundheitsministerium den 1. Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform für die Beratung im Bundestag abliefern.

Nicht nur ich habe die Position, dass jetzt unbedingt für die Meinungsbildung in der Bevölkerung gesorgt werden muss, möglichst auch für Aktionen.

Deshalb versuche ich mit dem vorliegenden Rundbrief, auf der nächsten Seite die wichtigsten Unzumutbarkeiten aufzuzeigen. Es sollte kein langer Text sein, sondern das Schwergewicht liegt auf wenigen Fakten, die meines Erachtens in den Medien bisher nicht im Fokus waren.

Insbesondere wird nur selten auf die einzig vernünftige Alternative, nämlich das Prinzip Bürgerversicherung hingewiesen. Unser gemeinsames Projekt steht bekanntlich auf der ÖNiD-Homepage.

Ich grüße Sie/Euch herzlich, auch im Namen des Arbeitskreises Ökonomie und Kirche
Ihre/Eure

Barbara Hähnchen

Bitte wenden!

Zu Röslers Gesundheits-„Reform“ in Eckpunkten, Teil Finanzierungsgrundlage, zu finden unter <http://www.bmg.bund.de/cln> , Seite 2; Variante vom 6. 7. 2010

Gesamturteil: Stümperhaft – wortbrüchig – erbärmlich ungerecht!

Versprochen: Die Kopfpauschale sollte niedrige Einkommen finanziell nicht schlechter stellen als bisher. Es sollte ein Sozialausgleich aus Steuern finanziert werden. Fachleute berechneten, dafür seien je nach Variante bis zu 35 Mrd. Euro notwendig.

Bundesgesundheitsminister Rösler offerierte neue Ideen zur Reform der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV). Keine wurde von der eigenen CDU/CSU/FDP-Koalition akzeptiert.

Die neueste Variante vom 6. 7. 2010 behält die traditionelle GKV-Beitrags Erhebung nicht nur bei, sie wird sogar erhöht um geplante 6 Mrd. Euro. Damit ist für 2011 voraussichtlich überhaupt keine Kopfpauschale (jetzt Zusatzbeitrag genannt) notwendig. Bekanntlich wird von einigen GKV-Kassen seit kurzem schon ein Zusatzbeitrag in Höhe von 8 Euro pro Monat erhoben oder zusätzlich 1 % vom Bruttolohn. Beides muss allein von den Arbeitnehmern bzw. Rentnern bezahlt werden, also nicht paritätisch und ohne Sozialausgleich. Das bleibt.

Für 2012 wird in Röslers Eckpunkten ein neuer Zusatzbeitrag (Kopfpauschale) angekündigt, der 8 Euro beträgt. Der Sozialausgleich aus Steuern soll 2012 den Umfang von 1 Mrd. Euro haben. Bis 2014 sollen es nicht mehr als 16 Euro Zusatzbeitrag sein mit ebenfalls ca. 1 Mrd. Euro steuerfinanziertem Ausgleich.

Damit hat Rösler sein Versprechen gebrochen. Folgendes ist vorgesehen:

Alle Versicherten zahlen zunächst die volle Pauschale, z. B. 16 Euro. Das gilt auch für Menschen mit 800 Euro Monatseinkommen nicht als Überforderung. Zur Zeit beträgt der Arbeitnehmerbeitrag bei 800 Euro 7,9 %, also 63,20 Euro.

Das wird ab 2011 erhöht auf 8,2 %, also 65,60 Euro.

Wenn 16 Euro Pauschale dazu kommen, sind es insgesamt 81,60 Euro.

Das ist eine 29 % ige Beitragserhöhung ohne jeglichen Sozialausgleich.

Überschreitet der Zusatzbeitrag (Kopfpauschale) 2 % eines Einkommens, so kommt die Überforderungsklausel ins Spiel, und es kann einen Anspruch auf Sozialausgleich geben.

Aber auch dann wird er nicht aus Steuermitteln finanziert. Es wird ein infamer Trick angewendet. Der Betrag für den Sozialausgleich kommt aus dem Arbeitgeberanteil des betreffenden Arbeitnehmers. Die Krankenkasse erhält also nur einen Beitrag, der um den Sozialausgleich reduziert ist.

Tatsächlich: Der sogenannte Sozialausgleich wird aus den Beitragsmitteln der GKV selbst finanziert!

Angekündigt war immer und als besonders gerecht ein sozialer Ausgleich aus den Steuern der Besserverdienenden. Diese Leute können sich nun freuen, denn sie werden mit Zusatzbeiträgen (Kopfpauschalen) wesentlich geringer belastet, als bei der bisherigen „einkommensabhängigen“ Beitrags Erhebung. Die Last muss getragen werden von den kleinen und mittleren Einkommen.

Das „mehr Netto vom Brutto“-Versprechen ist ebenfalls als Lüge entlarvt.

Allein die vorgesehenen 6 Mrd. Euro aus dem erhöhten Beitragssatz bedeuten weniger Netto. Das ist eindeutig. Auch wenn diese 6 Mrd. (ein letztes Mal) paritätisch finanziert werden, stammen sie doch voll aus dem Arbeitnehmerentgelt bzw. aus den Renten. Die künftigen Zusatzbeiträge (Kopfpauschalen) müssen rein aus dem Nettolohn der Arbeitnehmer und der Rente bezahlt werden.

Und: 80 % der Versicherten wollen eine solidarische GKV-Versicherung mit gerechter Lastenverteilung, sie wollen eine Solidarische Bürgerversicherung.